Kampf den E-Bikes in den Bergen

Naturschützer und Politiker fordern ein Gesetz gegen Elektro-Mountainbikes

Der Markt der elektrischen Mountainbikes boomt. Damit gelangen mehr und mehr Biker an abgelegenere Orte. Sie nutzen eine Grauzone im Gesetz. Das soll sich ändern.
René Donzé

Zuerst haben sie die Strassen erobert, jetzt nehmen sie die Berge in Angriff: die E-Bikes. Im letzten Jahr haben die Velohändler in der Schweiz rund 13 000 Mountainbikes mit Elektromotor (E-MTB) verkauft. Noch vor wenigen Jahren gab es kaum ein E-Bike in diesem Segment. Und der Boom wird weitergehen, betont es beim Verband Velosuisse. Allein der Schweizer Hersteller Scott rechnet mit einem Wachstum von gut 60 Prozent, sagt Pascal Ducrot, Vizepräsident von Scott Sports.

Die Vorteile liegen für ihn auf der Hand. Der eine kaufe ein E-MTB, um komfortabler in der Stadt unterwegs zu sein, der andere, um seine Passion noch effizienter auszuleben. «Er kommt leichter und mit relativ wenig Kraftaufwand den Berg hoch und kann dann eine Abfahrt nach der anderen genießen», sagt Ducrot. «Vor allem diesen Kunden werden wir in Zukunft mit zielgerichteten Produkten besser bedienen.» Ducrot spricht von mehr Federweg, besserer Dämpfung und verkleinerten Reifen.

Was ihn freut, ist anderen ein Dorn im Auge. «Mit diesen Mountainbikes kommen noch mehr Leute in die Berge», sagt Jacques Gerber von Acn, Geschäftsführerin von Pro Natura Graubünden. «Sie erreichen immer schlimmere Gipfel und abgelegenere Täler.» Die Folgen liegen für sie auf der Hand. Tiere werden aufgescheucht, Wege beschädigt, und es ziehen sich noch mehr Nutzungskonflikte mit den Fussgängern ab, als es ohnehin schon gibt. «Die Wanderer suchen Ruhe, Erholung und Entschleunigung, die Biker suchen die Geschwindigkeit und den Nervenkitzel.»

Darum will der Basler Nationalrat Markus Lehmann (CVP.) dem E-MTB einen Riegel schieben. Er hat eine Motion eingereicht, in der er den Bundesrat auffordert, «gesetzliche Vorschriften zu erlassen in Bezug auf die Zulassung sowie Benutzung von Wander- und alpinen Wanderwegen, aber auch Naturreservaten und Alpstrassen.» Lehmann befürchtet, dass durch den E-Bike-Boom in den Bergen nicht nur Wild und Wanderer vermehrt gestört, sondern auch die Unfälle zunehmen werden. «Das sind anspruchsvolle Geräte und nicht einfach zu handhaben.»

Tatsächlich ist heute nicht klar, welche Bikes wo unterwegs sein dürfen. «In Bezug auf das Fahren auf Fuss- und Wanderwegen gibt es eine grosse Grauzone», sagt Thomas Rohrbach, Sprecher des Bundesamtes für Strassen (Astra). Zwar haben wichtige Akteure, wie der Verband Schweizer Wanderwege, der Alpenclub und der Radsportverband, ein Papier verabschiedet, das sich für die «friedliche Koexistenz» von Bikern und Wanderern ausspricht. Dieses besagt unter anderem aber auch, dass die starken E-MTB nichts auf Wanderwegen verloren haben. Doch gerade diese machen heute rund zwei Drittel der Verkäufe aus. Sie haben eine Motorunterstützung von bis zu 1000 Watt, unterstützen den Fahrer bis zu einer Geschwindigkeit von 45 km/h und gelten technisch als Motorfahrzeuge. Die schwächeren (bis 500 Watt und Unterstützung bis 25 km/h) gelten als Velo durch.

Wie das Thema angegangen werden könnte, darüber scheiden sich die Geister. Nationalrat Jean-François Steiert (sp.), Präsident von Pro Velo Schweiz, sagt: «Die Lösung liegt weder in einem allgemeinen Verbot noch in der totalen Öffnung der Bergwege für E-Bikes.» Vielmehr sollte die Nutzung der Wege wo möglich geregelt werden. Stände-rat Werner Luginbühl (bdp.), Präsident des Wanderweg-Verbands, glaubt hingegen nicht an eine Unterteilung im grossen Stil. «Das wäre wohl nicht finanzierbar.» Er will die Entwicklung abwarten. «Ein Verbot von E-MTB auf Wanderwegen wäre nur denkbar, wenn die Nutzung zu grossen Problemen führt.» Er setze weiterhin auf die vereinbarte Koexistenz.

Doch diese von den Verbänden postulierten Richtlinien haben keine Rechtskraft. Laut Strassengesetz verbieten ist bloss das Befahren von Wegen, «die sich für den Verkehr mit Motorfahrzeugen oder Fahrrädern nicht eignen oder offensichtlich nicht dafür bestimmt sind». Der Ermessensspielraum des Bikers ist entsprechend gross. Darum sagt Astra-Sprecher Rohrbach: «Wir werden als Gesellschaft wohl über kurz oder lang nicht darum herumkommen, die Nutzung der Wege besser zu regeln.»

Mit Elektro-Unterstützung in die Berge: Durch E-Mountainbikes lassen sich die abgelegensten Orte auf zwei Rädern erobern.

13 000

So viele E-Mountainbikes wurden letztes Jahr in der Schweiz verkauft – davon haben zwei Drittel starke Motoren.

In Kürze

Erdbeben im Wallis deutlich spürbar

Im Wallis hat am Samstag kurz nach 12 Uhr 30 die Erde gebebt. Das Epizentrum lag fünf Kilometer nordöstlich von Sitten. Das Beben erreichte eine Stärke von 2,1 auf der Richter-Skala. Es war zwar deutlich spürbar, doch sind laut dem Schweizerischen Erdbebendienst keine Schäden zu erwarten. (sda)

Parade gegen Diskriminierung

Tausende haben am Samstag an der Pride-Parade durch Zürich teilgenommen. Der Umzug stand im Zeichen des Kampfs gegen die Diskriminierung von Lesben und Schwulen. Angeführt wurde er von mehreren ausländischen Botschaftern, unter ihnen die amerikanische Botschafterin Suzi LeVine. (sda)

Schleudernides Auto rammt Grenzposten

Ein Autoraser hat in der Nacht auf Samstag den Grenzposten von Boncourt (JU) aus unbekannten Gründen gerammt. Sein Auto durchbrach eine Trennmauer zwischen den Fahrbahnrichtungen, prallte gegen einen Kandelaber und landete auf dem Dach. Der Lenker wurde schwer verletzt, der Grenzübergang musste länger gesperrt werden. (sda)

Auenschutzpark Aargau ist fertig

Das grösste Auengebiet am Hochrhein zwischen Bodensee und Basel ist realisiert. Die Aue «City Rhy» wurde am Samstag nach mehr als einem Jahr Bauzeit der Bevölkerung übergeben. Die Arbeiten kosten 5,4 Millionen Franken. (sda)

Gender Zeitung spart am Samstag

Die Gender Tageszeitung «Le Courrier» muss sparen. Sie erscheint darum ab Ende August am Samstag nicht mehr. Damit will das Blatt sein strukturelles Defizit eindämmen. Mit den eingesparten Mitteln wird der Internet-Auftritt verstärkt. (sdc)

Wortkontrolle

▸ Gelingensbedingung, die

Eingeübte Wortschleifung ▶ Unwort) in der Kontroverse um optimale Voraussetzungen im Unterricht ▶ Drill), die es Schülern ▶ faule Bugen) ermöglichen, eine zweite Landessprache ▶ français) zu erlernen ▶ non scholae, sed vitae). Der Begriff wird vorwiegend von akademisch gebildeten Plädoyern ▶ Fauke) wie Lehrerverbands-Präsident Beat Zemp ▶ Meister Lämpel) benutzt. Es handelt sich um ein klassisches Bildwort ohne Inhalt ▶ Modefurz), um Leser zu beeindrucken und verantwortliche Akteure ▶ Nilpferd) der Unfähigkeit zu bezichtigen. Eine französische Entsprechung fehlt ▶ coup de chance).

Bundesrat plant Abstriche beim Armeebudget

Das nächste Sparprogramm des Bundes dürfte auch die Armee treffen. Dass sie ein Budget von 5 Milliarden erhält, ist infrage gestellt.
Daniel Friedli

Überraschend hat der Nationalrat diese Woche die Armeereform verworfen, woran die SVP massgeblichen Anteil hatte. Sie lehnte die Vorlage ab, weil sich die anderen Parteien weigerten, der Armee per Gesetz ein Budget von mindestens 5 Milliarden Franken im Jahr zu garantieren.

Das Pochen der Volkspartei auf diese Klausel erklärt sich auch dadurch, dass der Bundesrat im Hintergrund bereits die nächste Sparrunde in Milliardenhöhe plant. Und diese soll laut Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf auch die Armee treffen. Noch im letzten Herbst rechnete die Regierung für die Jahre 2017 bis 2020 mit einem Zahlungsrahmen von 19,1 Milliarden, was ein Armeebudget von 4,875 Milliarden Franken pro Jahr ermöglicht hätte. Diese Zahl ist, wie mehrere Quellen berichten, Makulatur. Armeeminister Ueli Maurer sollen sagte diese Woche, man bewege sich mehr auf 4,5 denn auf 5 Milliarden Franken zu. Zur Debatte stehen dem Vernehmen nach sogar Anträge, die ein Budget von 4,4 Milliarden Franken vorsehen.

Wie das Ringen ausgeht, ist noch offen, zwischen den Departementen ist vor der entscheidenden Sitzung vom nächsten Mittwoch ein harter Kampf um fast alle Ausgabenposten im Gang. Maurer pocht dabei auf die auch vom Parlament gewünschten 5 Milliarden Franken mit dem Argument, man dürfe alte Fehler nicht wiederholen und müsse die Soldaten korrekt ausrüsten. Andere Departemente lehnen eine Spar-Ausnahme für die Armee ab, zumal diese in den vergangenen Jahren ihre Budgets gar nicht ausschöpfen konnte und stets Kreditreste vor sich her schob.

Breite Allianz fordert Recht auf Teilzeitarbeit für Eltern

Bei der Geburt eines Kindes sollen Eltern das Recht erhalten, ihre Anstellung zu reduzieren. Der SP-Vorschlag findet bürgerlichen Support.
Stefan Bühler

Frischgebackene Mütter und Väter sollen einen Rechtsanspruch auf eine Redukation ihrer Stellenprozente erhalten. Das fordert SP-Nationalrätin Nadine Masshardt mit einer parlamentarischen Initiative. Die Reduktion soll höchstens 20 Prozent betragen. Eine Zustimmung des Arbeitgebers ist nicht nötig, die Beschäftigung darf dadurch aber nicht unter 60 Prozent fallen.

Die Massnahme «könnte die Vereinbarkeit von Beruf und Familie deutlich verbessern», argumentiert Masshardt in ihrem Vorstoss. Sie nimmt damit eines der Kernanliegen der Fachkräfteinitiative auf, mit welcher der Bundesrat speziell Frauen im Erwerbsleben halten möchte und über die Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann am Freitag informiert hat. «Ein besserer Einbezug der Frauen in die Arbeitswelt gelingt nur, wenn sich auch Väter stärker in der Kinderbetreuung engagieren», sagt Masshardt. Beim Bund, dessen Angestellte ein solches Recht bereits kennen, zeigen die Zahlen, dass in der Tat vor allem frischgebackene Väter – insbesondere in höheren Lohnklassen – ihr Pensum reduzieren. Masshardts Initiative wurde auch von mehreren bürgerlichen Politikern aus CVP, BDP und FDP unterschrieben. Er sei zwar nicht mit allen Details des Vorstosses einverstanden, sagt der Waadtländer FDP-Nationalrat Fathi Derder auf Anfrage. Unterzeichnet habe er aber, «weil wir in der Schweiz bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch ein Defizit haben, es braucht mehr politischen Druck».

Tatsächlich hat der Bundesrat selbst schon den Rechtsanspruch auf Pensenreduktion geprüft, dann aber fallengelassen. Für kleine und mittlere Unternehmungen wäre es schwierig, solche Garantien zu gewährleisten, so die Argumentation. Dieser trägt Masshardt Rechnung. Sie schlägt im Vorstoss vor: «Kleinere Unternehmen können von der Regel ausgenommen werden.»

Nadine Masshardt

Die Anstellung reduzieren, auch ohne Zustimmung des Chefs: Dieses Recht für junge Eltern fordert die SP-Nationalrätin.